

Rundgebungen wurde die Stelle aufgenommen, in der von der Angliederung Bessarabiens an das Mutterland die Rede ist, und auch die Worte von der Wiederaufnahme der früheren Freundschaft zu den Mächten, mit denen der Frieden geschlossen wurde, fanden aufrichtigen Beifall. Die Thronrede nimmt zunächst Bezug auf den Friedensvertrag, welcher der gesetzgebenden Körperschaft unzerstörlich zur Billigung unterbreitet werden wird. Er erlege offenbar schmerzliche Opfer auf, aber das rumänische Volk werde sie mit jener Mannhaftigkeit prüfen, die eine genaue Erfassung des Staatsinteresses angesichts der wirklichen Lage verleihe. Sodann gedenkt die Thronrede der Wiedergewinnung des dem Vaterlande entriessenen Bodens und des Bessarabischen Volkes und fährt fort: Die gute Ausnahme dieses großen Ereignisses bei den Mächten, mit denen wir uns in Friedensverhandlungen befanden, hat den Weg geöffnet für die Wiederherstellung unserer Freundschaft, wie sie in der Vergangenheit bestand. Indem wir gute Beziehungen mit den anderen Mächten aufrechterhalten, werden wir versuchen, mit den in Neubildung begriffenen Staaten normale nachbarliche Beziehungen wieder aufzunehmen. Schließlich geht die Thronrede auf die vom Parlament zu erledigenden Arbeiten ein. Ein normales Budget könne noch nicht vorgelegt werden. Eine Reihe von Maßregeln sei dazu bestimmt, dem Staatschatz die Abklärung der Einnahmen und die Befriedigung der außerordentlichen Bedürfnisse zu erleichtern. Eine Umänderung der Verwaltungs-, Gerichts- und Unterrichtsorganisationen sei notwendig. Die wichtigste Aufgabe des Parlamentes sei aber vor jeder anderen die Verfassungsreform, die Durchführung der Agrarreform, um die unteren Schichten der Nation zu wirklichem politischen Leben zu erwecken.

Vor dem Zusammentritt des Parlamentes hielten die Mitglieder der Regierungsmehrheit eine Beratung ab. Ministerpräsident Marghiloman betonte, daß die Erhebung der Anklage gegen die früheren Machthaber aus der Initiative des Parlamentes und nicht aus jener der Regierung erfolgen müsse. Er sprach dann über die weiteren Aufgaben des Parlamentes, das unermüdet arbeiten und auch Nachsichtungen abhalten müsse. In gleichem Sinne sprach sich der Minister des Äußern Arion aus. Je ein Vertreter der Kammer und des Senats stimmten im Namen der beiden gesetzgebenden Körperschaften diesen Ausführungen zu und versicherten die Regierung ihres vollen Vertrauens und rückhaltloser Unterstützung.

Umwidmung des rumänischen Kabinetts.

Demeter Dobrescu, der sein Amt als Justizminister niedergelegt hat, ist zum Senatspräsidenten gewählt worden. Als sein Nachfolger wurde der bisherige Generalsekretär des Ministeriums des Innern, Wittliniu, zum Justizminister ernannt. Der bisherige Handelsminister Meisner ist zum Präsidenten der Kammer gewählt worden, und an seine Stelle ist der ehemalige Bürgermeister von Bukarest, Prinz Gregor Cantacuzino getreten. Zum Minister für Landwirtschaft und Domänen ist der bisherige Generalsekretär Caroslid ernannt worden. Der Minister des Äußern, Konstantin Arion ist zum Vizepräsidenten des Ministerrates ernannt worden.

Zum Rücktritt Radoslawows.

Die Gründe des Rücktritts.

Wenn der bulgarische Ministerpräsident Radoslawow jetzt geht, so sind hierfür in erster Reihe Gründe der inneren Politik entscheidend, die aber freilich von der äußeren stark beeinflusst werden. Es liegt in der Natur der Sache, daß der leitende Staatsmann, der vielfach historisch aufzutreten gezwungen war, sich zahlreiche Schwierigkeiten geschaffen hat, die die Opposition ausnützte, wobei sich ihre in der Unzufriedenheit mit dem Bukarester Friedensvertrag eine willkommene Handhabe bot. Zwar ist der bulgarische Kriegsgewinn groß, aber es bestand einige Verärgerung darüber, daß die Norddobrudschas für die erste unter gemeinsamer Verwaltung der Verbündeten gestellt worden war bis zur Erledigung des bulgarisch-türkischen Grenzstreites. Bekanntlich hat die Türkei das vorgelagerte von Adrianopel an Bulgarien abgetreten, aber da türkische Streitkräfte an der Eroberung der Dobrudschas teilgenommen haben, verlangt die Türkei einen Nachschuß ihrer „Morgengabe“. Andererseits bringt Bulgarien auf den Erwerb der bisher griechischen Gebiete in Ostmazedonien, Drama, Seres, Kavalas, und gegenüber dem Standpunkt der Mittelmächte, daß dies ganze Ostproblem nur gemeinsam gelöst werden kann, geht ihnen die Entwicklung nicht schnell genug.

Doch all dies waren mehr die Handhaben zum Sturz Radoslawows als die eigentlichen Gründe, die vor allem auf innerpolitischem Gebiete liegen, auch auf der Furcht davor beruhend, daß die Radoslawow-Partei nach der Angliederung der Dobrudschas bei den nächsten Wahlen allmächtig werden könnte. So ist denn keineswegs Grund zu der Besorgnis vorhanden, daß der Kabinettswechsel einen Wechsel in der äußeren Politik mit sich bringen könnte, auch wenn, wie angenommen wird, der Demokratieführer Malinow die Ministerpräsidentenschaft übernehmen sollte. Gewiß ist ein großer Unterschied zwischen den beiden Männern. Der 1854 geborene Radoslawow, der schon 1886 und dann wieder seit Juli 1913 Ministerpräsident gewesen ist, war erfüllt von deutscher Bildung; ist er doch Doktor der Heidelberger Universität. Der am 20. April 1867 in Bessarabien geborene Alexander Malinow, der schon vom Januar 1908 bis zum März 1911 Ministerpräsident war, hat dagegen keine Bildung und Ausbildung in Rußland genossen, hat dort in militärischen Diensten gestanden, ist mit einer Russin verheiratet und war bis zum Kriegsausbruch entschieden russophil. Aber auch er hat wie viele andere durch den Weltkrieg gelernt. Es ist noch in frischer Erinnerung, daß er vor zwei Jahren in der Sobranje besonders scharfe Töne gegen Rußland anschlug, und von dem heutigen bolschewistischen Rußland wöllen er und seine Anhänger schon gar nichts mehr wissen.

So ist nicht zu bezweifeln, daß das neue Kabinett, ob es nun Malinow oder sonstwie heißt, und das sich

jedenfalls auf die Malinow-Gruppe und die Stambulowisten stützen muß, in der auswärtigen Politik den Radoslawow-Kurs fortsetzen wird, nicht nur weil bindende Verträge mit den Mittelmächten vorliegen, nicht nur weil die Waffenbrüderschaft einen festen Kitt für diese Verträge bedeutet, sondern weil das Kriegsgeschick für den Vierbund entscheidend, die Ohnmacht der Allierten entlarvt hat, und weil heute jeder denkende Bulgare davon überzeugt ist, daß sein Land nur im Anschluß an die Mittelmächte, die erst seine Wiedergeburt ermöglicht haben, nur im Rahmen des künftigen Mitteleuropas, sich als Groß-Bulgarien behaupten kann. Von dieser Erkenntnis ist vor allem auch der einflussreichste Bulgare durchdrungen, nämlich König Ferdinand, der im Grunde stets — auch während Radoslawows Regime — sein eigener Kanzler gewesen ist.

Die Gegenrevolution in Sibirien.

Die Volkshewissen in Sibirien gestürzt.

Nach Meldungen aus Petersburg ist die bolschewistische Regierung in Westsibirien nach schweren Kämpfen bei Omsk, Jekaterinburg und Ufa durch die Gegenrevolutionäre und die Tscheken gestürzt und Omsk genommen worden. Die sibirische Regierung hat sich bereit erklärt, Rußland mit Brot zu versorgen, unter der Bedingung, daß der Rat der Volksregierung keine militärischen Schritte gegen Sibirien unternimmt. Lenin hat jedoch jegliche Unterhandlung abgelehnt und bereits in den Gebieten der Wolga, des Ural und in den sibirischen Bezirken die Mobilisierung der letzten fünf Jahrgänge, ebenso in Moskau die Mobilisierung der Ingenieure und der Artillerie der gleichen Jahrgänge gegen die sibirische Regierung angeordnet.

„Pravda“ vom 13. veröffentlicht ein Dekret, nach welchem alle Arbeiter und Bauern, die in den Jahren 1893—1897 geboren sind und in den Wolgas, Ural- und westsibirischen Militärbezirken vorübergehend oder ständig wohnen, der Einberufung unterliegen. — Nach Meldung der gleichen Zeitung sollen die Tscheko-Slowaken bei Samara unter der Führung des französischen Obersten Selitier stehen. — Die Presse veröffentlicht ferner die Note Tschatscherins an den englischen, amerikanischen und französischen Vertreter, worin gegen das Verweilen von Entente-Kriegsschiffen in russischen Häfen protestiert wird.

Die Unterdrückung der tschecho-slowakischen Bewegung.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Bei der Unterdrückung der tschecho-slowakischen Erhebung ist die Regierung entschlossen, nicht nur auf die Interessen der föderativen Sowjetrepublik, die gebieterisch eine Unterdrückung des ganzen Aufstandes auf russischem Gebiete verlangt, Rücksicht zu nehmen, sondern sich auch bei ihrem Vorgehen von den Grundfäden der Menschlichkeit leiten zu lassen, die keine Bestrafung der gesamten tschecho-slowakischen Massen gestatten, die durch die Agitation der gegenrevolutionären Eliten in das Abenteuer hineingeführt worden sind. In Übereinstimmung mit den internerierten Gruppen wird die Sowjetregierung einen Plan zur Lösung der tschecho-slowakischen Frage aufstellen, sobald die Aufständischen auf ihre sinnlosen Handlungen verzichten. Auf den Schauplatz der Erhebung werden Vertreter der Sowjetgewalt entsandt, sowie die Vertreter der tschecho-slowakischen Verbände, die sich der Lage bemüht und gegenüber dem Rußland der Sowjets loyal sind.

Der Kampf mit der Gegenrevolution wird infolge des geschlossenen Widerstandes der slowakischen Truppen und der revolutionärsfeindlichen Bewegung kleiner Teile der russischen Bürgertums schwieriger. Aus Persia zurückgeworfen, sind die Tscheko-Slowaken auf Sybran marschiert und haben sich der großen Wolgabridge bei dieser Stadt und somit der Hauptverkehrsader nach Sibirien bemächtigt. Professor Prolov Wag, Vertreter des tschechischen Führers Masaryk, hat die Aufständischen aufgefordert, den Widerstand gegen die Sowjettruppen aufzugeben. Die telegraphische Verbindung mit Omsk, Tomsk und Jekatsk ist unterbrochen.

Keine politische Meldungen.

Zur Miesenschlacht im Westen. Der getrigge Abendbericht der Heroevolution lautet: Von den Kampfzonen nichts Neues.

Frankreichs Kabinettskrise? Die „Wiener Mittagszeitung“ meldet: Pariser Meldungen zufolge hat Poincaré angelehnt der erregten Stimmung, die in Frankreich insbesondere unter der Arbeiterschaft herrscht, die Verantwortung für die Vorkesseln des sozialistischen Führers anzunehmen. Clemenceau sei darauf eingegangen. Die Bemühungen hätten jedoch keinen Erfolg, da die Sozialisten den Standpunkt einnehmen, daß sie nach der gegenwärtigen Lage keine Verantwortung übernehmen können. — Der Pariser Berichterstatter der „Morgenzg.“ meldet: Im parlamentarischen Streifen verkauft, die Regierung werde unter dem Druck der Presseforderungen sich zur Veröffentlichung des vom „Journal des Debats“ geforderten Friedensprogramms unter Aufhebung der Kriegsgeheimnisse entschließen. — „Mieux Bureau“ meldet aus Washington: Am Montag ist ein französisches Flugzeug von holländischem Militär abgeschossen worden. Es ging genau auf dem Flugweg von Washington nach Paris. Die beiden Insassen wurden interniert. — Der Verteilungsauslass in Paris hat beschlossen die Veröffentlichung der Vorstände von Paris fortzuschaffen und sie nach dem mittleren und südlichen Frankreich abzuführen, wo ihre Wohnstätten zur Verfügung gestellt werden. Auch sei beachtet, die hauptstädtische Bevölkerung im Laufe des Monats Juli allmählich zu evakuieren.

Ein neuer Spionagefall in Frankreich. In Frankreich ist ein nationalitätlos-kegelschüssiges Blatt, die „Action Française“, die als Schlieppentzgerin Clemenceauscher Gewaltpolitik immer durch Spionagetätigkeit besonders ausgezeichnete und fast alle großen Affären in Gang gebracht hat, jetzt selbst unter Verletzung dokumentarischen Beweismaterials der Spionage im Dienste des Feindes öffentlich beschuldigt worden. Der Vorfall erregt ungeheures Aufsehen in Frankreich.

Dem Allegatand in Moskau. Im Zusammenhang mit der Verhängung des Allegatandes über Moskau sind durch Verhängung des Volksaufstandes für das Allegatand alle bürgerlichen Setzungen verboten worden.

Verstärkter Kriegszustand in Irland. Eine Sommermeldung besagt, daß in 14 irischen Gefangenen der verstärkte Kriegszustand verhängt worden ist. Die ordentlichen Gerichte wurden aufgehoben und Kriegsgesetze an ihrer Stelle eingesetzt. Die „Londoner Daily Mail“ meldet, daß der irische Arbeiterführer Jim Larkin, der vor 5 oder 6 Jahren einen großen Aufstand in Irland ins Werk setzen wollte und dann nach Amerika flüchtete, jetzt in New York verhaftet worden ist zusammen mit einem anderen Führer namens Bogane.

Weslagnahme russischer Schiffe. Ein Besinglauer Blatt meldet, daß alle in amerikanischen und englischen Häfen liegenden russischen Dampfer beschlagnahmt worden seien. Romanow berichtet, daß acht der größten und besten Dampfer der russischen Freiwilligen-Flotte in den ostasiatischen Gewässern genommen worden seien und die übrigen den Befehl erhalten hätten, nicht in See zu gehen. Der russische Kommissar für Auswärtige Angelegenheiten hat hiergegen Protest eingelegt.

Von Stadt und Land.
Aus, 19. Juni.
Erweiterung oder Verlegung des Friedhofes der Kirchgemeinde St. Nikolai.

Das für den Friedhof an der Schwarzenberger Straße vorhandene Gelände geht zur Frage. Der Kirchenvorstand ist geneigt, sich mit der Frage der Beschaffung weiteren Geländes zu befassen. Das Nachbarland war für ihn, zunächst an eine Erweiterung zu denken. Er glaubte, diese nach Südosten hin, also an der Schwarzenberger Straße aufwärts, vorteilhaft zu sehen und dazu das Kraußsche Feldgrundstück erwerben zu sollen. Der Umstand, daß in dem Bebauungsplan für dieses Gelände eine Straße eingezeichnet ist, veranlaßte den Kirchenvorstand zu einer vorherigen Rückfrage an den Rat der Stadt. Dieser beschloß sich deshalb ebenfalls mit der Frage der Friedhofserweiterung und grüß dem Kirchenvorstand zu erwägen, ob es nicht richtiger sei, den jetzigen Friedhof aufzugeben und einen neuen Platz dafür zu suchen, und er wies auf Areal hin, das an der Krümmung der Staatsstraße nach Lauter an der Grenze des Weichbildes der Stadt Aue oberhalb des Papstischen Grundstückes mitten im Walde liegt — das Georgische Feld. Der Kirchenvorstand trat in dahingehende Beratungen ein und zur Unterstützung dieser berief er einen bekannten Kenner der Friedhofsbaulehre, Herrn Professor Högg, Dresden zu sich. Professor Högg war gefahren hier und besichtigte mit Herrn des Kirchenvorstandes, an dessen Spitze Pfarrer Dehmüller, ferner mit Bürgermeister Hofmann und Stadtbauamteiler Pilschmann zunächst den jetzigen Friedhof, dann den oben bezeichneten neuen Platz und ein weiteres Grundstück. Für den Abend hatte Pfarrer Dehmüller eine

Hausärzterversammlung.

einberufen, die sich mit der wichtigen Frage der Friedhofserweiterung oder Verlegung beschäftigten soll.

Die Versammlung, die im Pfarrsaal stattfand, war außerordentlich zahlreich besucht von Mitgliedern der politischen und Kirchgemeinde aller Stände. Pfarrer Dehmüller brachte seine Freude über diesen guten Besuch zum Ausdruck und machte die Anwesenden mit dem Sachverhalt bekannt. Er führte aus: Die Friedhofsfrage ist von einschneidender Bedeutung, daher das lebhafteste Interesse. Schon einmal war die Notwendigkeit der Verlegung entstanden, die Erbitterung darüber hat sich gelegt, die Gemeinde hat sich damit abgefunden. Wenn ein Muß dahinter steht, muß man sich bescheiden und weichen. Mit tausend Ketten hängt die Gemeinde am Friedhof, der Stätte des Todes, die zum Sammelplatz der lebendigen Gemeinde mehr denn je werden müsse. Es ist richtig, daß der Friedhof in schnell erreichbarer Nähe der Stadt sich befindet. Er muß auch schön und eine Stätte der Erhebung sein. Der Auer Friedhof wird von der Gemeinde als herrlich bezeichnet, wer ihn sieht ist entzückt über seine herrliche Lage am Berge mit seinem Ueberblick über die Stadt. Pfarrer Dehmüller dankt am Schlusse seiner einleitenden Worte dem Räte für sein Erscheinen zur Versammlung und spricht die Hoffnung aus, daß dies zur Klärung der Frage beitragen möge und daß der Kirchenvorstand auf Grund der Stellung der Gemeinde seine Beschlüsse fassen könne. Er muß sich hüten, von späteren Geschlechtern den Vorwurf der Kurzsichtigkeit und der verpassten Gelegenheit zu bekommen. Dann nahm

Professor Högg.

das Wort. Er schilderte lediglich seine Eindrücke, die er bei Besichtigung des jetzigen Friedhofes und der für die Verlegung in Frage kommenden Plätze gewonnen hat und nahm zur Frage selbst keine Stellung. Der vorbereite Teil des Friedhofes, beim Eingang hat ihm mißgefallen. Die drei Gebäude, die dort stehen, entsprächen nicht der Würde eines Friedhofes. Sie seien dunkel, die Gräber in diesem älteren Friedhof fehlte es am Grün, sie seien durch die früher gelobte Orientierung der Leichen nach Osten nicht klar geordnet. Die Grabdenkmäler und die Erdbegräbnisse seien ungleich. Hier zu bessern sei kaum möglich. Weiter bergauf werde der Friedhof schöner. Der neue Teil sei ganz prächtig angelegt. Der Ueberblick über die Stadt sei erbebend. Außerhalb des Friedhofes sei das Bild aber ungemüht. Die Bebauung sei zu nahe an ihn herangerückt. Die weiteren Pläne der Bebauung drohen das Bild noch schlechter zu gestalten. Gegen das für die Verlegung gedachte Gelände, das Georgische Feld im Walde, beständen die Bedenken, daß der Boden zu felsig ist. Dann sei die Entfernung, ¼ Stunde vom jetzigen, zu groß. Diese Entfernung, ½ Stunde von der Stadt, drage die Verbindung der Angehörigen mit den auf dem Friedhof Ruhenden zu zerschneiden. Es würde eine kalte, heftige Pflanze der Gräber durch bezahlte Dritte Platz greifen. Aber die Lage des Platzes sei wunderschön. Einen solchen Ausblick und eine solche Lage könne man lange suchen. Es könne anschließend dort auch ein Waldriedhof geschaffen werden. Ueber sei ihm aber das weitere Gelände zwischen Weichergut und Schießstand bei der weißen Erdensche, das noch in Frage komme, wegen seines herrlichen Ausblickes nach der Stadt. So wünschenswert es sei, bei einer Neuanlage des Friedhofes etwas wirklich Wertvolles zu schaffen, so schwer seien aber auch die Bedenken, aus dem liebgewordenen Friedhof hinauszugehen. Wenn das geschähe, müßte dieser noch viele Jahre unangestastet bleiben, es müßten die

Verbessert
hellen sei
hofes nach
60 Meter
führt dar
schluß gef
die mit
bringen die
Freiung die
eine Neua
spannung
gedacht id
zur rechte
gelände
flotte Bau
Dort wo
wird der
Verlegung
erweitert
Stadtpark
erweitert
Gelände d
hof zu zer
halb des
vom jetzig
Högg sagt
hat, Bebauung
das einen
deuten. Ja die B
uerung
zu Justiz
in einen r
Erweiteru
große Rik
radigeme
brung lau
er Verleg
berien. Die
le der Er
alle a
riedhofes
hände n
fene An
met, es
sicht man
hat man a
hof sammt
Platz 850
Auer Tag
hof. Der
gewogen.
Diese auch
zu der Gr
Dortin die
samt wech
Angehänge
gedacht ka
dem neuen
für die G
die früher
werden wi
sklärert n
des wie fe
kurze Zeit
lassen. Die
feld. Abg
unrichtig
Mal belegt
nach 50 Ja
werden. Die
bauung hin
Straßen bi
Bild des j
Verweitem
riedhofes
vom Rat v
aber nicht
ohne Verbr
Friedhof
eigenen. W
die Stadtge
nicht bebau
ter belegt
es fragt Ho
Für So
mann, den
hät, nicht
Stadt be
aus, daß in
lungen vor
müsse in W
nötig sei.
riedhof be
diese Neua
der sei, da
zu haben se
Schule des
höt. Gen
Wiedert der
hen müssen
nen ist, scho
Die Zeit der
Wiederat sei
die das zum
Grundstück
sei in einig
Schmüller,
Berzigkeit u
wert. Für